IV. Jahrg. / Nr. 76 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. — Abend-Ausgabe — Dienstag, den 15. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12579 — Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal. — Expedition und Inseratenannahme: Berlin S14 Stallschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.— Mk. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 10.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Österreich 16.50 Mk., als Brief 30.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.50 Mk., als Brief 50.— Mk. bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 8gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk., Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsvorträgen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Warum besteht für denkende Arbeiter am 20. Februar Wahlpflicht?

Weil Millionen kommunistischer Stimmen die arbeitenden Massen Deutschlands aufrufen müssen, zu erwachen und sich zum Kampfe zusammenzuschließen.

Weil Millionen kommunistischer Stimmen den heldenmütigen, unsägliche Opfer bringenden russischen Proletariern und den kämpfenden Proletariern aller anderen Länder zeigen müssen, daß auch in Deutschland der Wille zur Revolution unaufhaltsam wächst.

Weil jeder Hand- und Kopfarbeiter durch Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels zeigt, daß er den parlamentarischen Volksbetrug durchschaut und nur noch vom Kampfe der Massen und vom Sieg der Revolution Rettung erwartet.

Weil jede kommunistische Stimme den kapitalistisch-parlamentarischen Volksbetrug erschwert und die Aufklärung breiter Massen, die noch immer vom Parlament Besserung erhoffen, erleichtert.

Weil die Reaktion hofft, gestützt auf eine ausgesprochen reaktionäre Mehrheit, ein ähnliches Weißgardistenregiment wie in Bayern auch in Preußen als vom „Volkswillen" gefordert, führen zu können.

Weil die Wahl Gelegenheit bietet, den rechtssozialistischen und unabhängigen Saboteuren der proletarischen Einheitsfront zu Bewußtsein zu bringen, wie viele Arbeiter durch Not und Elend und Gefahr der Arbeitslosigkeit gezwungen, bereits einsehen, daß eine geschlossene Abwehr und Angriffsfront geschaffen werden muß.

Weil die kommunistische Stimme ein Bekenntnis ist:

Gegen den mörderischen Kapitalismus — Für den befreienden Sozialismus der Tat

Gegen den verräterischen Reformismus — Für die deutsche Revolution

Gegen die 2. und 2½. Internationale — Für die 3. Internationale

Für die Weltrevolution.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Benützt den Wahltag, um der kapitalistischen Gesellschaft und ihren erbärmlichen Helfershelfern Euren drohenden Kampfruf entgegenzuschleudern, indem Ihr kommunistisch wählt.

Vor der Londoner Konferenz

(T.U.) Amsterdam, 15. Februar.

In Paris drängt man, die Londoner Konferenz am 21. Februar zu beginnen, auch wenn die Delegation Mustapha Kemals nicht rechtzeitig eintrifft. Was die Erfüllung der Verpflichtungen angeht, so bleibt man durchaus bereit, die deutsche Delegation in London anzuhören. Man glaubt, daß diese darauf ausgehen wird, Deutschland die Erlaubnis zur Aufnahme einer internationalen Anleihe zu erwirken, wobei die englischen, amerikanischen und neutralen Finanzleute durch deutsche Bergwerke, Eisenbahnen und einzelne industrielle Unternehmungen gesichert werden müßten.

Zu den polnisch-russischen Verhandlungen
Der polnische Finanzminister in Riga

(O.E.) Riga, 14. Februar.

Gestern ist der polnische Finanzminister Steczkowski in Riga eingetroffen. In den nächsten Tagen wird auch der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrats der Sowjetrepublik, Lomow, mit einigen neuen Sachverständigen in Riga erwartet. Von dem Zusammentreffen dieser neuen wirtschaftlichen Unterhändler von polnischer und russischer Seite erhofft man eine Beschleunigung des Gangs der Rigaer Verhandlungen. Ein neugebildeter Sonderausschuß für die Fragen des Transitverkehrs durch polnisches Gebiet, dem von russischer Seite große Bedeutung beigemessen wird, hat seine Arbeit begonnen.

Die Verhandlungen Rumäniens mit Sowjetrußland

(T.U.) Paris, 15. Februar.

Der Bukarester Spezialkorrespondent des Temps meldet: Auf eine Anfrage im Senat bezüglich der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland antwortete Take Jonescu, der Minister des Auswärtigen Rumäniens, wie folgt: Aus den letzten Radiotelegrammen, welche zwischen Bukarest und Moskau gewechselt wurden, geht hervor, daß die Sowjets die rumänische Anschauung anerkennen, der zufolge kein Kriegszustand zwischen beiden Ländern besteht, die somit in Frieden miteinander leben. Die Sowjetregierung hat Rumänien vorgeschlagen, wegen der Regelung gewisser Fragen, die wirtschaftliche Angelegenheiten, wie z. B. die Schiffahrt auf dem Dnjestr, betreffen, beiderseits je einen Delegierten zu ernennen. Die beiden Delegierten werden zusammen ein Programm der Fragen aufstellen, welche zwischen beiden Ländern diskutiert werden sollen. Das ist die letzte Phase der Verhandlungen.

Der weiße Terror in Rumänien

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Wien, 14. Februar.

Die Regierung des Generals Averescu in Rumänien ist eifrig bemüht, alle Methoden der ungarischen Terroristen auch in Rumänien anzuwenden. Nicht weniger als 5000 Prozesse gegen Arbeiter, die beschuldigt werden, sich an der Generalstreik in Rumänien beteiligt zu haben, werden in der nächsten Zeit verhandelt werden. Eine ganze Reihe revolutionärer Arbeiter sitzt ihrer Gesinnung wegen in Verwahrungshaft. Todesurteile sind an der Tagesordnung, Folterungen von Verhafteten sind alltäglich und viele sterben an Krankheiten. Kürzlich verurteilte das Militärgericht des zweiten Armeekorps den sozialistischen Journalisten Jakob Wiener wegen Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates zum Tode. Auch der Sekretär der Gewerkschaften J. Bergmann in Siebenbürgen ist mit zwei Schriftstellern namens Freier und Lapin verhaftet worden. Bergmann wurde zum Tode, die beiden Schriftsteller zu je zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die freigesprochenen Arbeiter können nicht heimkehren, sondern werden in Arbeiterbataillone der rumänischen Armee eingeteilt, wo sie wie Verbrecher behandelt werden.

Der Kongreß der 2½. Internationale
Serrati geht nicht nach Wien

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Wien, 14. Februar.

Der Wiener Berichterstatter des „Daily Herald" teilt in seinem Blatte anläßlich der Vorberatungen zum Wiener sozialistischen Kongreß mit: Dr. Fritz Adler erzählte mir heute, daß 100 Vertreter gemeldet sind und daß der Kongreß wenigstens fünf Tage dauern wird. Dr. Adler ist soeben von einem kurzen Ausflug aus Mailand zurückgekehrt, wo, wie ich höre, versucht wurde, Serrati zu bewegen, daß er seine Gruppe der neuen Internationale anschließe. Serrati antwortete, daß das Schicksal seiner Partei untrennbar mit der 3. Internationale verbunden sei und daß er die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Mailand und Moskau als vorübergehend betrachte.

Für den französischen Sozialismus, die Kommunisten selbstverständlich ausgenommen, werden Longuet und Faure erwartet, aber nicht Renaudel. Außer den Gruppen, die ursprünglich ihre Teilnahme angemeldet haben, hat keine bedeutende Partei die Einladung angenommen. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Konferenz die geographische Tatsache bestätigen wird, daß Wien dreimal so weit von Moskau entfernt ist als von Bern.

Vertagung des Prozesses Hiller

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurde der Prozeß auf Donnerstag vertagt, um den als Zeugen geladenen Dr. Nowak herbeizuschaffen, dessen Fehlen am vorhergehenden Tage kaum bemerkt wurde. Die Vertagung, die der Staatskasse eine große Kostenlast auferlegt, ist auf Veranlassung des Gerichts erfolgt. Staatsanwalt und Verteidiger haben dem Vorsitzenden zugestimmt, der sofort zu Beginn der Verhandlung erklärte, daß er die Anwesenheit des Dr. Nowak, der seinerzeit Bataillonsarzt bei der Truppe Hillers gewesen ist, für unbedingt notwendig halte. Dr. Nowak soll bekunden, ob Helmhake nicht an seiner Krankheit ohnehin gestorben wäre, daß somit die Behandlung, die er von Hiller erfahren hat, nicht die eigentliche Todesursache war. Wir werden auf die prozessuale Bedeutung dieses Zwischenfalls noch zurückkommen.

Eisenbahnerstreik in Indien

(T.U.) Bombay, 15. Februar.

Ungefähr 5500 Arbeiter der Betriebe der mittelindischen Eisenbahn von Bombay nach Bayada haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Lohnzulage.

Das Treiben des A.D.G.B. in Halle

Die „Freiheit" unterstützt den A.D.G.B.

Wir haben in der Sonnabend-Morgenausgabe über das gemeingefährliche Treiben des A.D.G.B. in Halle berichtet und auszugsweise das Schreiben wiedergegeben, das der A.D.G.B. an seine Parteifreunde in Halle gerichtet hat. Die „Freiheit" äußert sich zu diesem Fall. Sie spricht davon, daß bei den Hallescheu Gewerkschaften Zustände seien, bei denen jedem die Haare zu Berge stehen müßten. Dort seien die „Organisationen der Arbeiterklasse zu Radauklubs ohne jeden praktischen Sinn" herabgewürdigt. Sie faselt davon, daß die Kommunisten alle Kräfte in Halle konzentriert und so den A.D.G.B. gezwungen hätten, in der Abwehr den Hebel ebenfalls in Halle anzusetzen. „Mit vollem Recht!" fügt die „Freiheit" hinzu, um nachher noch einmal ausdrücklich zu bemerken: „Der A.D.G.B. habe mit diesem Vorgehen nur seine Pflicht erfüllt," denn es sei Pflicht der Zentralvorstände, gegen die Verschleuderung der Vermögensmittel der Gewerkschaften durch die Beauftragten einer kleinen Minderheit einzuschreiten.

Um zu ermessen, auf welch unsagbar erbärmlichen Niveau die „Freiheit" angelangt ist, wollen wir aus dem Protokoll über die Sitzung vom 10. Februar noch einige Auszüge veröffentlichen:

Wie wir bereits kurz berichteten, fand am Donnerstag auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände von Halle statt. In ihr übernahm der Rechtssozialist Hesse, ohne die Anwesenden zu fragen, die Leitung der Versammlung. Es setzte sofort eine heftige Geschäftsordnungsdebatte ein, in deren Verlauf Genosse Weyer verlangte, daß erst festgestellt wird, wer das Recht hat, an der Sitzung teilzunehmen. Er machte darauf aufmerksam, daß aus seiner Gewerkschaft (Deutscher Metallarbeiterverband) zwei Kollegen anwesend seien, die nicht Kartelldelegierte sind. Es ist aber anwesend der rechtssozialistische Landrat Thiele, von mehreren Zentralvorständen Hauptvorstandsmitglieder sowie viele fremde Personen, im ganzen nahezu 300 Anwesende. Genosse Weyer verlangte Prüfung der Mandate, und verwies darauf, daß der Kartellvorstand zu Recht besteht und die Leitung dieser Konferenz haben solle. Hesse und Schulz lehnten das ab mit der Begründung, der A.D.G.B. habe hier einen Kartellvorstand kommissarisch eingesetzt.

Genosse Bachmann gab folgende Erklärung:

„Der Revierwirtschaftsrat Halle lehnt den Beschluß der Kartellsitzung vom 25. Januar 1921 ab, da eine Umstellung der VKPD. demnächst erfolgt. Der Kartellvorstand hat sich diesen Beschluß zu eigen gemacht und wird ihn in der nächsten Kartellsitzung ratifizieren."

Trotz größter Verstöße der Leitung der Konferenz gegen die elementarsten Pflichten gegenüber der Konferenz hörten sich unsere Genossen unter Protest die Referate des Menschewisten Wielepp und des Obermenschewisten Schulz an.

Wielepp führte aus: Es haben sich in der Gewerkschaftsbewegung Halles Zustände herausgebildet, die jeder Beschreibung spotten. Deshalb sei er nach der Sitzung am 25. Januar 1921 nach Berlin gefahren, um zu veranlassen, daß die kommunistischen Gewerkschaftler Halles durch den A.D.G.B. gehängt werden sollen. Der A.D.G.B. ist dem nachgekommen und hat das bekannte Rundschreiben an die Gewerkschaftsvorstände erlassen. Die Opposition hier in Halle sei nicht jüngsten Datums, sondern schon immer besonders radikal gewesen. Augenblicklich aber sei sie überradikal, denn es habe sich schon eine Spaltung ergeben. Der zweite Kongreß der 3. Internationale habe Thesen aufgestellt, durch die die Gewerkschaften zerschlagen werden sollen. Besonders die Thesen 9 und 10 seien darauf eingestellt. Es sei ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften Zellen zu bilden und sie unter die Direktion der Partei zu stellen. (Zwischenruf: Dißmann ist doch kein Parteigenosse.) Dann sprach er von Drahtziehern und bezahlten Agenten. Mit Unionisten sympathisiere sogar die V.K.P.D., und das seien doch nur Verbrecher am Proletariat. Die Erklärung, die Bachmann abgegeben habe, nütze nichts mehr; er habe das Vertrauen zu dem Kartellvorstand verloren. (Eisiges Schweigen der Versammlung.)

Schulz (A.D.G.B.): Die Spitze der Gesamtverbände, also der A.D.G.B., hat das auszuführen, was die deutschen Gewerkschaftskongresse beschlossen haben. Es stimmt nicht, daß die Mitglieder der einzelnen Orte über alle Fragen selbst entscheiden können. Die Spitzen haben den Ton anzugeben. Wir haben das Empfinden, daß hier in Halle alles drunter und drüber geht, und deswegen setzen wir hier Leute ein, von denen wir annehmen, daß sie die Beschlüsse des A.D.G.B. ausführen werden. Das alte Kartell kann beschließen, was es will, es ist für uns nicht mehr maßgebend; für uns bleibt das Spitzentum bestehen. Er bedauert die Zertrümmerung der proletarischen Parteien und warnt davor, daß auch die Gewerkschaften dasselbe Schicksal erfahren. In Halle sei der Ortsausschuß mit einer gegnerischen arbeiterfeindlichen Organisation zusammengegangen (W.N.O.). Das sei ein Verstoß gegen den Beschluß des Betriebsrätekongresses und gegen die Statuten des A.D.G.B. Mit der früheren Führung des Halleschen Kartells sind wir auch nicht einverstanden gewesen. Wir verlangen unter allen Umständen, daß der neue Ortsausschuß in seiner Gesamtvertretung so zusammengesetzt wird, wie es der A.D.G.B. vorschreibt. (Minutenlange erregte Zwischenrufe: Berliner Diktat!) Ich muß Ihnen sagen: Ja, das kommt aus Berlin. Berlin stützt sich auf die Nürnberger Kongreßbeschlüsse. Wenn Sie die Satzungen des A.D.G.B. nicht anerkennen wollen, bleiben Sie gefälligst bei der W.N.O.; wir bleiben bei dem A.D.G.B. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Nürnberger Gewerkschaftskongreß eine Resolution Paeplow angenommen hat, wonach die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein müssen. Einige Worte zur politischen Seite: Ihr Kommunisten wollt weiter nichts, als uns wieder in einen neuen blutigen Krieg gegen die Entente hineinhetzen. Das haben die Maßnahmen der Sowjetrepublik gegen Polen ergeben. Wir lehnen den Kommunismus ab und werden ihn mit allen Mitteln bekämpfen. Wir werden auch als verantwortliche Leiter des A.D.G.B. alle kommunistischen Propagandisten rücksichtslos aus den Gewerkschaften ausschließen. (Beifall bei den Menschewisten.)